

Aus den Landtagssämtlichen.

III. Dresden. Der Landtagssämtliche A beriet am Freitag das Gesetz, mit dem die Beamtenkassen neu geregelt werden sollen. Das Gesetz schafft einen Beamtenkassenrat, der in mehrfacher Beziehung Recht an den Kabinetten hat. Dieses wurde von kommunistischer Seite unterstellt. Der kommunistische Abgeordnete bezeichnete es als "Glandal, das schwachsinnige Kinder um Kindergartenkassen haben". Frau Eva Böltmann (D. P.) meinte die Kabinetten der Inneren Mission wahrhaftig. Eva Voigt (D. P.) regt eine Besichtigung von Kabinetten der Inneren Mission durch den Landtagsausschuss an und vertritt den politischen Einfluss in der staatlichen Antikörperziehung. Die ländlichen Erziehungskabinette hätten in pädagogischer Beziehung wesentliche Fortschritte aufzuweisen. Sozialistische Rede damit an der Spitze der deutschen Länder. Frau Eva Dr. Ulrich-Bell (Dem.) bemängelt die Schulung des Viegeverwaltungs in den Kabinetten der Inneren Mission. Die Regierung erklärte, dass sie nichts auf Beziehung moderner Grundfläche habe nehmen werde. Ein kommunistischer Auftrag wurde abgelehnt, die Einkellungen nach der Vorlage anzunehmen.

Wetter stand ein sozialistischer Antrag, der die Verhinderung des Orthopädiematerials bewirkt, zur Beratung, der darauf abließ, einen bischöflichen Beschluss der Gewerbeämter Plauen einzufügen zu wollen. Der Entwurf wurde gegen die Bürgerlichen Stimmen angenommen.

Zum Kap. 34, Gewerbeaufsichtsrecht, batte nachdrücklich Eva Dr. Schmidle (Kommt.) Anträge eingebracht, für sozial-hygienischen Unterhalt Mittel zu bewilligen und in Betriebskabinett den Ausschuss alsbald rechter Getränke regelungsfähig zu verordnen. Ihr letzteres fehlte die Rechtsgrundlage, und von der sozial-hygienischen Belehrung von Staats wegen ist nach Meinung der anderen Fraktionen viel weniger zu erwarten, als wenn die Berufverbände diese Erziehungsarbeit leisten. Aus diesem Grunde sind die Anträge abgelehnt worden.

Arbeitslosenversicherung und Angebote.

Berlin. (Funkspur.) Um Reichstage herzliche heutige Ruhe, auch interktionelle Versprechungen fanden nicht statt, nur der sozialpolitische Ausblick des Reichstages hieß eine Sitzung ab, in welcher er die zweite Sitzung der Arbeitslosenversicherung fortsetzte.

Eine Aussprache entspann sich um die Vorberatungen der Plankommission, den gebrochenen Angeboten eine freiwillige Verpflichtung zu ermöglichen. Von den Plankommissionen wurde erwidert, man könne die finanzielle Tragweite nicht übersehen, daher könne man die Versicherung leicht ausbauen. Schließlich wurde eine Bekanntmachung angenommen, wonach Angebote, die wegen Überschreitung der Gehaltsgrenze aus der Versicherungspflicht ausscheiden, sich weiter freiwillig verabschieden können.

Beim Abschluss Versicherungsleistungen wurde die bisherige grundlegende Bestimmung gerichtet, die gelautet hatte: Wer seine Beschäftigung aufzugeben oder verloren hat, ist nicht erheblich solange er den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit erwirkt oder durch Herstellung eines vorhandenen Grundgewerbes oder Handwerks eine Tätigkeit erwerben kann. Nicht arbeitslos ist auch der Ehemann oder Ablösekind einer solchen Person, die den gemeinsamen Lebensunterhalt erwirkt oder erwerben kann.

Politische Tagesübersicht.

Der Vollbeschäftigungsausschuss des Reichstages beschloss am Freitag auf Grund von Anträgen der Sozialdemokraten und der Kommunisten mit Fragen der Produktions- und Erwerbslosenstatistik. Ein Regierungsvertreter teilte mit, dass das Statistische Reichsamt die Produktionsstatistik für 50 Branchen beständig wieder aufgenommen habe und die Aufnahme noch auf andere Branchen ausdehnen wolle. Daraus folle die Erwerbslosenstatistik dauernd verbessert werden. Die Beratung über beide Anträge wurde vertagt bis zu einem Zeitpunkt, der mit dem Statistischen Reichsamt vereinbart werden soll.

Städte Brodorff-Markant nach Moskau. Der seit längerer Zeit in Deutschland weilende deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brodorff-Markant wird, wie wir hören, in der nächsten Zeit wieder auf seinen Posten zurückkehren. Damit erweitern sich gleichzeitig die Gerüchte als unzutreffend, nach denen Graf Brodorff-Brockdorff von diesem Amt zurückgetreten. – In der französischen Presse wird auffallenderweise gegenwärtig wieder lebhafte Stimmung gemacht, dass die Reichsregierung das Rapallo-Abkommen und den sogenannten Berliner Vertrag mit Frankreich kündigen solle, worfür man in Paris mehr Einigungskommen in der Belastungsbereit willigen würde. Nach Aufstellung der Berliner politischen Kreise verfolgen diese Richtungen lediglich den Zweck, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Berlin und Moskau zu fördern.

Die Reichsregierung zum Todestag Rathenaus. Gestern legte ein Vertreter des Reichsministeriums des Innern zusammen mit der Reichsregierung einen Kranz am Großen Waller Rathaus nieder.

Der künftige bayerische Finanzminister. Wie die Wissenschaftler Zeitung aus sonst sehr gut unterrichteten Kreisen hört, sollen sich die maßgebenden Kreise der Bayerischen Volkspartei auf die Wahl des jeweiligen Staatsrats im Ministerium des Neueren Dr. Schmidle zum bayerischen Finanzminister geeinigt haben. Der Staatsdienst des Süddeutschen Korrespondenz-Bureaus erhofft hierzu, dass die Verhandlungen über die Persönlichkeit des künftigen bayerischen Finanzministers noch nicht abgeschlossen sind. Die Nachricht des genannten Blattes gilt deshalb den tatsächlichen vorause.

Eine Entschließung der französischen radikalen Kammerfraktion. Die Kammerfraktion der Radikalen hat gestern vormittag über die Stellungnahme zu der sozialistischen Interpellation über die Außenpolitik der Regierung beraten. Die meisten Abgeordneten vertreten den Standpunkt, dass man alles verhindern müsse, was der Regierung im Augenblick Schwierigkeiten bereiten könnte. Zugleich wurde beschlossen, offizielle Redner für die Befreiung der sozialistischen Interpellation zu bestimmen, jedoch eine Berichtigung derselben nur in Anwesenheit Ortsrats zusammunten. Schließlich wurde auf Antrag des Abg. Montigny folgende Tagesordnung angenommen: Die radikale Kammerfraktion ist überzeugt, dass die Organisation des Krieges und die Sorge um die Sicherheit Frankreichs eng verbunden sind mit der Außenpolitik, die in dem von Herrn de la Chambre aufgestellten Protokoll von 1924, dem sich auch Frankreich auf der 8. Röderbundtagung angepflichtet hat, niedergelegt ist und die durch die peripherischen Bemühungen Frankreich zu dem Zusammen von Vercors und zu den Besitzungen von Libyen geführt hat. Sie bleibt der Entwicklung einer Politik treu, die unter der Sicherstellung der wesentlichen Reisemöglichkeiten der Elberdeheit Frankreich im Sinne der Verbindlichkeit, der europäischen Eintracht und der Einigung, die bei der Ausarbeitung des Abkommen von Vercors bestehend war, bestehen werden muss.

Schwere Auto-Unfälle. — Mehrere Personen getötet.

Schweres Autounfall.

Frankfurt an der Oder. (Funkspur.) Auf der Chaussee Rüttlin-Goslow verunglückte gestern das mit 5 Personen besetzte Auto des Grafen Fins von Gindenstein auf Meitzen: beim Überholen eines Geponnes platzte der Motor des Unterwagens, wodurch der Wagen ins Schleudern geriet und sich überschlug. Sämtliche Insassen wurden unter dem Wagen begraben. Der Graf, der den Wagen selbst steuerte, war auf der Stelle tot, sein Onkel Graf Stoltzsch von Danzenbach, der auf einem der hinteren Sitze saß, erlitt einen schweren Schädelbruch, an dem er sofort verstarb. Graf von Seydlitz, der neben diesem Jahrzeug schwer Verletzungen davon. Der Förster des Grafen Stoltzsch erlitt einen Nervenschlag und einen leichten Schädelbruch, während der Chauffeur des Grafen Fins von Gindenstein unverletzt blieb.

Drei Tote bei einem Autounfall.

Brixl. B. Das mit 1500 Siegeln beladene Postauto der Firma Waiz wollte bei Brixl einem Straßenloch ausweichen, stürzte dabei um und die 1500 Siegel brachten die mitfahrenden sieben Personen. Der Autodesigner Waiz war sofort tot, zwei Frauen starben nach kurzer Zeit und ein

andere Erwachsene wurde schwer verletzt. Auch die übrigen drei Personen erlitten schwerwiegende aber leichte Verletzungen.

Schweres Autounfall. 6 Personen getötet.

Übbecke. (Funkspur.) An einem Bahnübergang der Hagenburger Allee wurde heute vormittag ein von Hagenburg kommendes Auto von dem beschleunigten Personenzug Übbecke-Siegen erfasst und eine Strecke mißachtet. 6 Personen wurden auf der Stelle getötet und das Auto zerstört.

Bünde. (Funkspur.) Zu dem schweren Kraftwagenunglück an der Hagenburger Allee wird dem Bückeburgischen Anzeiger von einem Augenzeugen berichtet: Das Auto näherte sich dem Bahnübergang in demselben Augenblick, als von Westen kommend ein beschleunigter Personenzug in voller Fahrt herannahm. Die Schranken des Bahnüberganges waren nicht geschlossen. Als der Kraftwagen sich auf den Schienen befand, wurde er von der Lokomotive erfasst und sämtliche Insassen fielen auf die Gleise. Der Zug schleifte den Wagen, der zusammen zerschmetterte wurde, mit sich fort, wobei sämtliche Passagiere sofort getötet wurden. Nach kurzer Zeit wurde der Zug zum Halten gebracht. Bei dem Unglück sind wahrscheinlich zwei Männer und vier Herren ums Leben gekommen. Die Leichen sind bis zur Identifizierung verblieben.

Nach dem Kommandanten des "Meteor". sprach Professor Defant, der Nachfolger des verstorbenen Professor Merz, als Direktor des Instituts und des Museums für Meereskunde, der die Herausgabe des Expeditionswerkes leiten wird. Der Redner gab u. a. einen Überblick über die biologischen, chemischen und geologischen Befunde der Expedition und sprach zum Schluss über ihre umfangreichen akustischen Arbeiten.

Am Sonntag wird eine Feier an der Grabstätte von Alfred Merz stattfinden.

Eröffnung zur Rede Stresemanns.

Moskau. (Funkspur.) Iswestija schreibt zur Reichstagrede Dr. Stresemanns, die Rede sei ein überaus wichtiges Dokument in der Geschichte der Außenpolitik der letzten Jahre. Das Blatt begrüßt die Erklärung Stresemanns über die Absicht der deutschen Regierung, eine Politik starker Neutralität zu wählen und die Bekräftigung dessen durch die Erklärung der Regierungsparteien als auf einer richtigen Erkenntnis der wahren Interessen der deutschen Außenpolitik und Volkswirtschaft beruhend und mit der Entwicklungslinie der sowjetdeutschen Beziehungen in Einklang stehend.

Indessen steht die Behauptung Stresemanns, das von keiner Seite der Verlust gemacht worden sei, Deutschland zu bewegen, die Neutralitätspolitik aufzugeben, im logischen Widerspruch zur Erklärung jedes Gedankens einer Einbeziehung Deutschlands in die aggressive Front gegen die Sowjetunion. Sofern es sich als notwendig erwies, einen derartigen Gedanken entwideln abzuwehren, sei es vollkommen klar, dass dieser Gedanke bestands und besteht. Wenn dem nicht so wäre, hätte die Erklärung der Regierungsparteien eines so entschiedenen Tonnes nicht bedurft. Man könne Stresemann gern glauben, dass ihm niemand ernstlich vorwölbt, sich der Öffentlichkeit gegen die Sowjetunion anzuschließen. Eine derartige offene Aufforderung sei deshalb nicht ergangen, weil bei den Vorberatungen die deutsche Stellungnahme deutlich genug ungerissen war und eine offene Aufforderung unnötig machte. Iswestija unterstützt vollkommen das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten als Grundlage der Außenpolitik.

Zur Erklärung Stresemanns über die Abwehr der Propaganda der Komintern betont das Blatt, die Sowjetunion in gesichtigen Händen sehr leicht gegen die Sowjetunion missbraucht werden.

Der Beitrag Deutschlands zu einer derartigen Front wäre reich an Folgen, vor denen die Führer der deutschen Außenpolitik freundschaftlich zu warnen seien.

Zum Schluss wendet sich das Blatt entschieden gegen die Erklärung der Regierungsparteien, dass sie sich der Entrüstung über die letzten Todesurteile anschließen. Der Sowjetunion steht das natürliche Recht zu, sich gegen konterrevolutionäre Täglichkeit zu wehren. Der Charakter dieser Abrechnung sei eine innere Angelegenheit der Sowjetunion.

Die Konferenz der Seemächte.

London. (24. Juni.) Wie Reuter aus japanischen Kreisen in Genf erfuhr, wurden die Grundlagen einer Distriktskarte zwischen den japanischen und amerikanischen Verbündeten festgelegt. Die Amerikaner haben über einige ihrer Vorschläge betreffend die Begrenzung der Seekräfte, die noch dunkel waren, eine Erklärung gegeben.

Genf. (24. Juni.) Das Exekutivkomitee der Dreimächtekonferenz für die Abrechnung zur See, welches aus den Vertretern der Delegationen und ihren Stellvertretern zusammengefasst ist, veröffentlicht folgendes Communiqué:

Zur Beratung haben die Delegierten beschlossen, Brüderman die Präsidenschaft des exklusiven Rates anzutragen.

Es wurde beschlossen, den Marinerrat zu beauftragen, Kommissionen einzusetzen zum technischen Studium der Frage der Beschränkung von Kreuzern, Torpedobooten und Unterseebooten. Es wird sich deshalb darum handeln, drei Gruppen zu bestimmen, von denen je eine die Kategorie von Schiffen, mit denen sich die Konferenz beschäftigt, zu studieren hat.

Fortsetzung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Paris. (24. Juni.) Das französische Handelsministerium lädt durch die Agentur Havas erklären, dass die heute vormittag von einigen Zeitungen verbreitete Nachricht, die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen jetzt abgeschlossen, nicht den Tatsachen entspricht. Im Handelsministerium seien heute vormittag die Verhandlungen in gewohnter Weise fortgesetzt worden.

Kritisches Stadium.

Berlin. Die Blätter beschäftigen sich gestern mit dem Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die in ein kritisches Stadium getreten sind.